

11.12.2014

Haushalt 2015/16 – Einzelplan 09 (Sozialetat)

Anrede

Nicht in den Abspann, sondern voranstellen, will ich den **Dank**. Namens der SPD-Fraktion danke ich unserer Ministerin **Katrin Altpeter** und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in ihrem Haus.

Die Frauen und Männer im Ministerium haben im vergangenen Jahr ein enormes Arbeitspensum bewältigt.

Die **grün-rote Koalitionsvereinbarung** wird konsequent abgearbeitet – zum Wohl der Menschen in unserem Land. Gemeinsam sind wir gut unterwegs, um die **sozialen Herausforderungen** zu meistern.

Allein in diesem Jahr wurden aus dem Sozialministerium heraus **drei große Gesetzesvorhaben** auf´s Gleis gesetzt. Alles drei sind Gesetze zu großen und wichtigen sozialpolitischen Entwicklungen, die Sie meine Damen und Herren von der CDU und FDP während ihrer Regierungsverantwortung verschlafen, verschleppt, vergessen haben.

Mit dem Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz, dem Landesbehinderten-gleichstellungsgesetz und dem Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz sorgen wir dafür, dass neben unserer hervorragenden Wirtschaftskraft auch der **soziale Zusammenhalt ein Markenzeichen** für Baden-Württemberg bleibt.

Mit diesen Gesetzen sorgen wir dafür, dass **alte und pflegebedürftige Menschen** gut versorgt werden – mitten unter uns und nicht abgeschoben. Politik für Senioren ist eine Querschnittsaufgabe.

Wir sorgen dafür, dass **Menschen mit einem Handicap oder einer Behinderung** ihre Rechte besser wahrnehmen können und am gesellschaftlichen Leben in allen Bereichen teilhaben können.

Wir sorgen dafür, dass **Menschen mit einer psychischen Erkrankung** passgenaue Hilfen bekommen und dass auch sie zu ihrem Recht kommen.

Alle diese Vorhaben stehen nicht nur im Gesetzesblatt sondern finden ihren Niederschlag auch im Haushalt des Sozialministeriums.

Der am schnellsten wachsenden Bevölkerungsgruppe, den **Seniorinnen und Senioren**, gilt unsere besondere Aufmerksamkeit, auch wenn wir hier vergleichsweise wenig Finanzierungsverantwortung auf Landesebene haben.

Trotzdem fördern wir mit dem „Innovationsprogramm Pflege“ zukunftsweisende **Projekte der Altenhilfe** mit insgesamt 3 Mio €.

Einen weiteren Akzent setzen wir mit dem Antrag auf je 200.000 € für **Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Beschäftigten** in der Pflege.

Wie wichtig dies ist, wurde uns bereits in den ersten Anhörungen in der Pflege-Enquete vor Augen geführt: „**Gute Pflege braucht gute Arbeit und gute Ausbildung**“ – schade, dass die Opposition diesen Antrag nicht unterstützt.

Einvernehmen haben wir wahrgenommen bei unserem Antrag zur Bezuschussung des **Landesseniorentags** mit 20.000 €. Hier fördern wir das große ehrenamtliche Engagement, das Senioren erbringen.

Neben der Seniorenpolitik wird es wohl im Bereich der Behindertenpolitik in den nächsten Jahren die größten Umwälzungen geben.

Unserem Ziel, der **Gestaltung einer inklusiven Gesellschaft**, tragen verschiedene Maßnahmen im Sozialhaushalt Rechnung:

- Mit über 7,5 Mio € Investitionskostenförderung tragen wir dafür Sorge, dass Wohnen und Arbeiten von Menschen mit einer Behinderung nicht abseits, sondern mitten unter uns stattfindet und dass der Umbau von Komplexeinrichtungen gelingt.

- Mit über 44 Mio € fördern wir die Mobilität von Menschen mit Handicap im ÖPNV.
- Wir verankern den Landesbehinderten-Beauftragten gesetzlich und statten dessen Stelle auch angemessen aus.

Und neu: ab 2015 werden wir in allen Stadt- und Landkreisen die Einrichtung von **Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung** mit insgesamt 2,8 Mio € fördern.

Damit leisten wir einen Beitrag, dass behinderte Menschen in ihren Rechten und Teilhabechancen gestärkt werden.

Wir haben kein Verständnis dafür, dass die FDP diese Mittel kassieren und für bauliche Maßnahmen zur Barrierefreiheit einsetzen will - sicher auch ein wichtiges Ziel, das aber nicht in den Einzelplan 09 gehört und das nicht zulasten der Beauftragten auf den Weg gebracht werden kann. Wir danken den Kolleginnen und Kollegen der CDU, dass sie diesen FDP-Antrag im Finanzausschuss gemeinsam mit uns abgelehnt haben.

Unsere dritte große Initiative, das **Psychisch-Kranken-Hilfegesetz**, hinterlegen wir ebenfalls mit erheblichen finanziellen Mitteln:

- Wir verstetigen die Mittel i.H.v. jährlich 4 Mio € für die **Sozialpsychiatrischen Dienste**
- Wir erhöhen die **Betriebskostenförderung im Maßregelvollzug** in 2015 um 4,1 und in 2016 um 8,4 Mio € - hier besteht aus Sicht der Sozialpolitiker auch in den Folgejahren noch Handlungsbedarf!
- Wir erhöhen die **Investitionskostenförderung für unsere landeseigenen Zentren für Psychiatrie** in 2015 auf 134,2 und in 2016 auf 139,6 Mio € und zusätzlich um 2 x 5 Mio € aus der Investitionskostenrücklage über den Einzelplan 12; dazu machen wir im Haushaltskapitel 0930 die erforderlichen Vermerke zur Zweckbestimmung.

Meine Damen und Herren, ich denke, mit diesen Beispielen kann ich deutlich machen, dass Baden-Württemberg eine gute Lebensperspektive bietet – auch für Menschen im Alter und mit Pflegebedarf, für Menschen mit einem Handicap oder einer schweren Behinderung und für Menschen, die psychisch krank sind.

Dabei belassen wir es nicht: wir investieren darüber hinaus in weitere Bereiche der sozialen Vor- und Fürsorge:

Im Doppelhaushalt ist der Ansatz für die **Krankenhausinvestitionen** erneut erhöht

- um 27,0 Mio € in 2015 auf dann 437,5 Mio € und
- um 45,2 Mio € in 2016 auf dann 455,7 Mio €.

Damit gelingt es uns zwar nicht, den gesamten aber doch einen erheblichen Teil des enormen **Investitionsstaus abzubauen**, den Sie uns, werte Kollegen von der schwarz-gelben Seite, hinterlassen haben.

Nicht nur im Krankenhausbereich unternehmen wir enorme Anstrengungen, um die **Gesundheitsversorgung der Menschen** in Baden-Württemberg sicherzustellen.

Dazu kommt:

- die deutliche Erhöhung der **Mittel für die Schulen für Sozial- und Gesundheitsberufe**,
- die Bereitstellung von je einer halben Mio € in 2015 und 16 für die Umsetzung eines **Modellprojekts im Bereich der Krankenhausplanung**,
- und nicht zuletzt die Fortsetzung des **Landärzteprogramms** bis ins Jahr 2016.

Wir danken der CDU und der FDP, dass sie dazu unseren Fraktionsanträgen i.H.v. 2 x 300.000 € im Finanzausschuss zugestimmt haben.

Ein besonderes Markenzeichen baden-württemberger Sozial- und Arbeitsmarktpolitik ist unser **Landesarbeitsmarktprogramm „Gute und sichere Arbeit“**.

Mit großem Erfolg bringen wir benachteiligte junge Menschen in eine betriebliche Ausbildung: über 6.000 Auszubildende wurden im Rahmen der **Assistierten Ausbildung** in allen 44 Stadt- und Landkreisen bislang gefördert.

Auch Dank der ESF-Mittel aus der Förderperiode 2014 bis 2017 mit einer angemessenen Kofinanzierung des Landes können wir diesen Programmbaustein uneingeschränkt fortsetzen.

Zusätzlich beantragen wir seitens der Regierungsfractionen 100.000 € zur Fortsetzung der erfolgreichen **Netzwerkarbeit „Teilzeitausbildung“** der LAG Mädchenpolitik, nachdem die Projektfinanzierung aus Bundesmitteln ausgelaufen ist.

Glücklich bin ich, dass wir auch den **„Sozialen Arbeitsmarkt“** mit dem Kernstück des Passiv-Aktiv-Transfers bis 2016 fortsetzen können; dafür stellen wir zusätzlich 1,33 Mio € je Haushaltsjahr zur Verfügung.

Mit diesem Programm erreichen wir diejenigen, die von der wirtschaftlichen Entwicklung leider vollkommen abgehängt sind. Die 560 geförderten Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose sind in den 40 teilnehmenden Kreisen durchgängig gut belegt und es gab schon zahlreiche Vermittlungen in den ersten Arbeitsmarkt.

Die Erkenntnis, dass hier grundsätzlicher Handlungsbedarf besteht, setzt sich immer mehr durch - auch in arbeitsmarktpolitisch konservativen Kreisen.

Wenn ich Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, zu diesem Thema noch einen Erkenntnisgewinn liefern darf, zitiere ich heute mal – für einen Sozialpolitiker vielleicht eher ungewöhnlich - aus der Wirtschaftswoche (mit ihrer Genehmigung, Herr Präsident):

In der **Wirtschaftswoche**, Ausgabe 17.11.14 findet sich unter der Überschrift „Da geht doch was“ folgende Analyse:

„Die Situation von Langzeitarbeitslosen ist der tiefe, dunkle Schatten der ansonsten immer glänzender werdenden Arbeitsmarktstatistik. Die Zahlen der Erwerbstätigen und auch der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten erklimmen immer neue Rekorde, eine Gruppe allerdings profitiert von diesem Boom so gut wie gar nicht mehr: Diejenigen, die seit mehr als einem Jahr erfolglos einen Job suchen, sind abgekoppelt von der Dynamik – so, als ob sie barfuß aus dem Kiesbett auf einen rollenden Zug aufspringen sollten. Mehr als eine Million Menschen (in BaWü sind es 71.879) stecken in dieser Situation - ohne Aussicht auf Besserung.“ (Zitat Ende).

Es folgt dann ein zwar etwas verhaltenes, aber für die Wirtschaftswoche doch beachtenswertes Plädoyer für einen an der betrieblichen Wirklichkeit ausgerichteten sozialen Arbeitsmarkt.

Auch Bundesarbeitsministerin **Andrea Nahles** hat ein **Konzept zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit** vorgelegt,

- u.a. mit einem ESF-Programm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter mit geplanten 33.000 Teilnehmern und
- mit einem Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ mit Lohnkostenförderung bis max. 100% für bis zu 10.000 Teilnehmer.

Der Bund will dafür insgesamt über 1 Mrd. € zur Verfügung stellen – gut angelegtes Geld.

Was fehlt - ist derzeit noch eine Schnittstelle in diesem Programm zur Umsetzung eines Passiv-Aktiv-Transfers, die auch für unser Landesprogramm anschlussfähig ist.

Ich weiß, dass die Bundesarbeitsministerin, Pläne für einen Passiv-Aktiv-Transfer in der Schublade liegen hat, bislang mit diesem Ansatz aber beim Bundesfinanzminister noch nicht auf Gegenliebe gestoßen ist.

Vor dem Hintergrund unseres Erfolgs mit diesem Modell in Baden-Württemberg fordere ich Sie, liebe Kollegen von der CDU auf, sich mit uns gemeinsam für einen Sozialen Arbeitsmarkt auf Bundesebene einzusetzen.

„**Gute Arbeit**“ zeichnet sich auch dadurch aus, dass Sie Menschen nicht krank macht.

Deshalb stärken wir **Arbeitssicherheit und Arbeitsschutz**. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und der dynamischen Veränderung der Arbeitswelt gewinnt das Thema „Gesundheit“ auch in der Arbeitswelt zunehmend Bedeutung.

Seit der schwarz-gelben **Verwaltungsreform** wurde der Arbeitsschutz zunehmend ausgehöhlt. Die Zahl der Betriebsbegehungen durch die Gewerbeaufsicht sank seit 2005 um 68%.

Da steuern wir gegen und beantragen deshalb die **Einrichtung von insgesamt acht Stellen** beim Landesgesundheitsamt, im Sozialministerium und bei der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz.

Im Musterland für gute Arbeit ist das ein Beitrag, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre physische und psychische Leistungskraft erhalten und gesund zum Erfolg unserer Wirtschaft beitragen können.

Einen weiteren Schwerpunkt setzen wir bei der Verbesserung der Situation von gewaltbedrohten Frauen und Kindern mit **einem Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen** mit je 500.000 €.

Mit dem **Chancengleichheitsgesetz** wollen wir **kommunale Frauenbeauftragte** in allen Landkreisen und Städten über 50.000 Einwohner installieren. Dafür stellen wir im Doppelhaushalt je 2,5 Mio € bereit.

Gewalt an und gegen Frauen muss bekämpft werden – sei es häusliche Gewalt, sei es in der Prostitution, der menschenunwürdigen Arbeit oder im Bereich der Zwangsverheiratungen.

Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Mit unseren Landesinitiativen und –förderungen können wir da nur einen zwar wichtigen aber kleinen Beitrag leisten.

Darüber hinaus sind hier auch die **Kommunen gefordert** – wie überhaupt nicht bei jeder sich stellenden sozialen Aufgabe – z.B. auch bei der Integration und Inklusion - der „Konnexitäts-Reflex“ die kommunale Antwort sein darf, sondern auch verantwortliches Handeln in den Städten und Gemeinden angesagt ist.

Meine Damen und Herren, **der Sozialhaushalt 2015/16 kann sich sehen lassen.**

Wir sind froh, dass es uns auch in den nächsten beiden Jahren – trotz finanzieller Grenzen - möglich ist, auch im „Sozialen“ **politische Schwerpunkte** zu setzen. Zu den bereits genannten füge ich in Stichworten noch einige wenige hinzu:

Für das **Freiwillige Soziale Jahr (FSJ)** beantragen wir je 244.000 €. Dabei ist es uns wichtig, dass je 150.000 € dem **FSJ Plus** vorbehalten bleiben; diese baden-württemberger Besonderheit, wo ein Freiwilligendienst mit der Erlangung eines mittleren Bildungsabschlusses verbunden werden kann, gilt es nachhaltig abzusichern.

Der **Ausbau der Schulsozialarbeit** wird fortgesetzt. Die Erfolgsmeldung lautet: seit 2010 Ausbau um fast 300 Stellen auf momentan 980 VZ-Stellen. Wir halten Wort, weil wir der Meinung sind, dass **Schulsozialarbeit zum festen Angebot unserer Schulen** gehört.

Über 20 Jahre lang war die **Förderung der Verbände der freien Wohlfahrtspflege** eingefroren. Ab dem Jahr 2015 dynamisieren wir den Liga-Zuschuss um jährlich zwei Prozent. Grün-Rot steht zu den Akteuren unseres Sozialstaates, wir würdigen diese wichtige Arbeit nicht nur mit Worten sondern auch finanziell.

An den Schluss meiner Ausführungen setze ich die meines Erachtens verantwortungsvollste humanitäre Aufgabe der nächsten Monate: **den Umgang mit den Kriegsflüchtlingen in unserem Land.**

Ministerpräsident Kretschmann hat beim Flüchtlingsgipfel unter Beteiligung unserer Ministerinnen Altpeter und Öney die Richtung vorgegeben: es ist gut, dass wir uns verstärkt um die Flüchtlinge kümmern und dafür im Doppelhaushalt 620 Mio € bereitstellen.

Über den Einzelplan 09 veranschlagt sind, z.B.:

- + 28,3 Mio € (2015), + 41,5 Mio € (2016) für die **Jugendhilfe für unbegleitete Flüchtlingskinder,**
- + 640.000 € für die **Gesundheitsuntersuchungen,** insbesondere für Arztstellen auf Ebene der Gesundheitsämter.

Weitere Planungen für Maßnahmen im Bereich der Flüchtlingshilfe laufen auch im Sozialministerium.

Nicht nur, weil bald Weihnachten ist und wir uns erneut erinnern, dass unser Jesus im Elend geboren ist, sein Leben als Flüchtlingskind begonnen und als Folteropfer geendet hat – nein, auch mit Blick auf unsere Landesverfassung, stehen wir vor Gott und den Menschen – und in diesem Fall sind das die notleidenden Flüchtlinge – in einer ganz besonderen Verantwortung.



Da gilt es wahrzunehmen: Nicht wir haben ein Flüchtlingsproblem – die Flüchtlinge haben ein Problem!

Und da sage ich klar: Nein, wir dürfen die Grenzen nicht dicht machen – angesichts des Elends in den Flüchtlingslagern, haben wir noch Platz für notleidende und vielfach traumatisierte Kriegsflüchtlinge!

Nein, und unsere Kassen sind auch nicht wirklich leer – angesichts der Armut in der Welt und angesichts unseres Wohlstands haben wir eine Verantwortung, der wir uns beherzt stellen und eine Aufgabe, die wir angemessen erfüllen müssen.

Vor allem gefragt ist aber, ein politisch entschiedenes Eintreten für die Belange verfolgter Menschen, die bei uns Zuflucht suchen:

Keine Ressentiments und Ängste schüren, sondern politisch Farbe bekennen; sich aufgeschlossen und menschenfreundlich, dieser Aufgabe stellen:

Das ist das Gebot der Stunde – bis Weihnachten und darüber hinaus!

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.